

Potsdams] andere [Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

Januar 2011

Nr. 1 · 7. Jahrgang

Links diskutiert

3 Ein Potsdam für alle/
Ortsvorstände vorgestellt

Stern/Kirchsteigfeld/Drewitz

6–8 Bürgerbeteiligung bei Gartenstadt und
Drewitz-Park/Schule Flotowstraße

Unser Land

10/11 Ein Jahr rot-rote Regierung
in Brandenburg

„Wir werden einer Abholzung nicht zustimmen“

Baubeigeordneter Klipp zu Gast bei „Rathaus-report-live“ im Kirchsteigfeld

Zu ihrem letzten politischen Früh-schoppen „Rathaus-report-live“ für 2010 im „Offline-Jugendklub“ des SC Potsdam im Kirchsteigfeld hatte die SVV-Fraktion DIE LINKE den Baubeigeordneten Matthias Klipp eingeladen. Waren doch viele der teilnehmenden Gäste Mitglieder in Bürgerinitiativen des Kirchsteigfeldes und aus Drewitz. Alle waren sich einig und erleichtert, dass z. B. die SVV in ihrer Dezembertagung das Projekt „Drewitz-Park“ gekippt hatte. „Wir sind froh, dass die Kuh erstmal vom Eis ist“, meinte z. B. Wilfried Naumann von der BI Kirchsteigfeld/Drewitz. „Wir wollen ja auch, dass etwas mit der Fläche passiert. Aber dabei soll der Wald weitgehend erhal-



ten bleiben“, so der nahezu übereinstimmende Meinungen. Klipp lobte die Fraktion der LINKE für ihre Geradlinigkeit in Sa-

chen Drewitz-Park. Jetzt könne man gemeinsam an der weiteren Entwicklung arbeiten. „Vielleicht ist das ja der Beginn einer wun-

derbaren Freundschaft“, betonte der Baubeigeordnete schmunzelnd. Ernsthafter wies Klipp jedoch darauf hin, dass die SVV in Sachen Abholzung des Kiefernwaldes doch noch per Beschluss anders entscheiden könnte. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg versicherte dem gegenüber: „Wir werden dem nicht zustimmen.“

Zu Fragen um die „Gartenstadt Drewitz“ betonte Scharfenberg: „Die Bewohner hatten Angst, überrollt zu werden.“ Vor allem die befürchteten Verkehrs- und Parkplatzprobleme in der Konrad-Wolf-Allee sorgten für Unruhe. „Die Stadtverwaltung muss die Bürger umfassend informieren“, forderte Alexander Frehse
(Fortsetzung auf SEITE 2)

Auf ein Wort...



Wie weiter 2011?

Bei aller Schnelligkeit des politischen Geschäfts bedarf es solider Koordinaten. Wer dicke Bretter bohren will, und darum geht es immer in der Politik, der braucht solide Werkzeuge: nicht nur politische Geschicklichkeit, flotte Sprüche und mediengerechtes Verhalten – was heute nicht zu unterschätzen ist – sondern der braucht auch Werte und Visionen, wohin sich diese – unsere – Gesellschaft entwickeln soll. Diese werden dann zu Triebfedern, die unser Handeln bestimmen.

Was ist links und was bedeutet es für mich? Links bedeutet für mich Gerechtigkeit hier und in der einen Welt, es bedeutet Solidarität, d. h. einen Schutzschirm über abhängig Beschäftigte und die Schwachen der Gesellschaft aufzuspannen. Links heißt das Eintreten für die Freiheit des Einzelnen, für seine Selbstverwirklichung, bedeutet die Stärkung der Demokratie und der Rechte der Bürger, die konsequente Ablehnung von Krieg als Mittel der Politik. Links bedeutet für mich Toleranz gegenüber Andersdenkenden und links sein bedeutet die ökologische Herausforderung als Chance zu begreifen und dabei die soziale Dimension nicht aus den Augen zu verlieren. Ich sehe also eine moderne Linke als Verbindung von so-

(Fortsetzung auf SEITE 2)

Internationaler Weltaidstag

Seit 1988 wird jährlich am 1. Dezember der Welt-AIDS-Tag begangen. Weltweit erinnern an diesem Tag verschiedenste Organisationen an diese Pandemie und rufen dazu auf, aktiv zu werden und Solidarität mit Infizierten und Kranken zu zeigen. Der Welt-AIDS-Tag dient aber auch dazu, den Verantwortlichen in Politik, Medien und Gesellschaft in Erinnerung zu rufen, dass der Kampf gegen die Krankheit noch keineswegs gewonnen ist. Auch 25 Jahre nach Entdeckung des

HI-Virus brauchen die Betroffenen immer noch mehr konkrete gesellschaftliche Akzeptanz und Solidarität sowie medizinische Unterstützung.

Der Nachweis des HI-Virus im Blut bedeutet für die betroffenen Menschen, Ausgrenzung und Stigma. Ob Popsängerin oder Reinigungskraft, die Betroffenen versuchen meist ihre Infektion zu verheimlichen. Etwa 100.000 Menschen leben in Deutschland mit dem HI-Virus, 33 Millionen
(Fortsetzung auf SEITE 2)

Nachdenken über Rosa Luxemburg

Wer im Internet nach Gedenkveranstaltungen anlässlich der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg am 15. Januar 1919 sucht, wird rasch auf der Seite des Verfassungsschutzes fündig. Es entbehrt einem gewissen Zynismus nicht, dass die Ehrung zweier Kämpfer für Gleichheit und Freiheit – deren Mörder keine Rechenschaft tragen mussten – als Bedrohung unserer Demokratie eingestuft wird. „Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden“, die wohl am häufigsten falsch oder eben von den Falschen zitierte Weisheit Rosa Luxemburgs: Das bedeutet auch, die Freiheit, um zwei Menschen trauern zu dürfen. Egal ob man selbst einer Partei angehört, deren Rechtsvorgängerin es mit diese Freiheit nicht so genau nahm, oder einer, deren Repräsentanten zur Entstehung der Weimarer Republik Schuld auf sich luden, um ihren Vorstellungen des Parlamentarismus gerecht zu werden. Als Rosa Luxemburg im Sommer 1918 die berühmten Worte

schrrieb, beschäftigte sie sich gerade mit den Bolschewiki und der russischen Revolution. Ihrer persönlichen Definition der Freiheit lag die prägende Erfahrung von 1200 Tagen Haft in deutschen Gefängnissen zugrunde. Wie dürfen wir ihren Freiheitsbegriff begreifen? Die Freiheit des Einzelnen bei Rosa Luxemburg ist untrennbar verknüpft mit dem Ziel der sozialen Gleichheit. Als Argumentationshilfe für neoliberale Gedankenspielen eignet sie sich ein für alle Mal nicht. Entnimmt man Luxemburgs Werk die „Die russische Revolution“ ein paar Sätze mehr als ihr berühmtestes Zitat, wird ihre Intention klarer: „Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für die Mitglieder der Partei – mögen sie noch so zahlreich sein – ist keine Freiheit. Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden. Nicht wegen des „Fanatismus“ der Gerechtigkeit, sondern weil all das Belebende, heilsame und Reinigende der politischen Freiheit an diesem
(Fortsetzung auf SEITE 2)



Ministerin Anita Tack und der Potsdamer Kreisvorsitzende Sascha Krämer waren aktiv auf der Brandenburger Straße dabei.

(Fortsetzung von SEITE 1)

zialem Engagement, ökologischer und gesamtwirtschaftlicher Verantwortung, aufgeklärter Bürgerschaft und einem Mehr an Demokratie. Das sind meine politischen Grundkoordinaten.

Sascha Krämer,
Kreisvorsitzender
DIE LINKE.Potsdam

Unser Autor, **Dr. Steffen Hultsch**, Mitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Koordinator der Landesarbeitsgemeinschaft Arbeitsgesetzbuch der Partei DIE LINKE und des Gesprächskreises Arbeitsrecht / Arbeit und ihre nationalen und europäischen Rahmenbedingungen/ Projekt Arbeitsgesetzbuch der Rosa-Luxemburg-Stiftung war seinerzeit Mitautor des Arbeitsgesetzbuches der DDR. 2008 gründete er die Landesarbeitsgemeinschaft Arbeitsgesetzbuch. Der Gesprächskreis Arbeitsrecht unter der besonderen Schirmherrschaft des Vorsitzenden der Rosa-Luxemburg-Stiftung Heinz Vietze begann im Frühjahr 2010 seine Arbeit.

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“ Die Linke Monatszeitung für die Landeshauptstadt.
HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; **Günther Waschkuhn**, Vorsitzender. Alleestraße 3, 14469 Potsdam.
REDAKTION: medienpunkt.potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam **Bernd Martin** (V.i.S.d.P.); **Rainer Dyk**, Redakteur; **H. Jo. Eggstein**, Layout; **Jens Hörnig**, Reisen, Service; **Gerlinde Krahnert**, freie Mitarbeit; **Renate Frenz**, Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@gmx.net;
ANZEIGEN: Sekretariat.
BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00 „PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrer Kürzungen vor.
BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv
DRUCK: Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg.

(Fortsetzungen von SEITE 1)

„Rathaus-report-live“

im Namen des Bürgeraktivistens Drewitz. Klipp brachte eine demokratisch legitimierte „Betroffenenvertretung“ ins Spiel. Scharfenberg mahnte das von der LINKEN vorgeschlagene Konzept zur Bürgerbeteiligung an, das schon im Dezember vorliegen sollte. „Wir befinden uns in einem offenen Planungsprozess“, erklärte Klipp und verwies auf eine Vision für das Jahr 2025, deren Einzelschritte jetzt herausgearbeitet werden müssten.

(Mehr auf Seiten 6 und 7)

Rosa Luxemburg

Wesen hängt und seine Wirkung versagt, wenn die „Freiheit“ zum Privilegium wird.“ In den 91 Jahren seit der Ermordung Rosa Luxemburgs hat sich noch keine Gesellschaftsform herausgebildet, die ihren Vorstellungen gerecht werden konnte. Ihr Todestag aber darf unsere Gedanken nicht in der Geschichte verharren lassen. Er soll



Klipp und Klar: Hans-Jürgen Scharfenberg und Matthias Klipp

Anlass sein, über die Zukunft zu diskutieren. Über die Zukunft unserer Freiheit.

Klara Hegewald

Weltaidstag

sind es weltweit. Für die Menschen im Süden bedeutet HIV/Aids zu-

meist immer noch ein baldiges Todesurteil, weil Gesundheitssysteme fehlen und Pharmafirmen des Nordens nur an ihre Profite denken. Bei Gewinnmargen von mehreren 1000 Prozent lässt sich gut leben.

Wir müssen endlich die Pharmafirmen zwingen von ihren Patenten abzurücken, um so Menschenleben retten zu können. Die Infektion ist zu einer behandelbaren Erkrankung geworden und bei regelmäßiger Einnahme der entsprechenden Medikamente lässt sich das Leben beachtlich verlängern.

Wir müssen die Betroffenen weltweit unterstützen. Solidarität darf am Weltaidstag nicht nur ein wiederkehrender Appell sein, sondern muss konkret werden. Wir wollen mithelfen, Stigmatisierung und Diskriminierung gegenüber HIV-positiven Menschen abzubauen und eine breite Auseinandersetzung über HIV und AIDS in der Gesellschaft zu initiieren. Besonders Kinder und Jugendliche müssen umfassend über die Gefahren aber auch die Schutzmöglichkeiten aufgeklärt werden.

Ehrungen für Karl und Rosa zum 92. Jahrestag ihrer Ermordung

In Berlin: am Sonntag, 09. Januar 2011, 09.30 Uhr mit einer Demonstration und stillem Gedenken in der „Gedenkstätte der Sozialisten“ in Berlin-Friedrichsfelde,
In Potsdam: am Sonntag, 16. Januar 2011, um 11.00 Uhr im Lustgarten am Denkmal „Herz und Flamme der Revolution“.

Soziales Arbeitsrecht – ein Entwurf aus linker Perspektive

Am 17. November 2010 fand im Hotel „Thüringen“ in Suhl eine Podiumsdiskussion mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum Thema „Soziales Arbeitsrecht – ein Entwurf aus linker Perspektive“ mit namhaften Vertretern des Thüringischen Landtags, der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der Arbeitsgerichtsbarkeit des Landes Thüringen, Mitarbeitern des Europaparlaments, des DGB Thüringen und der Einzelgewerkschaften statt.

Der Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der Mindestbedingungen im Arbeitsverhältnis (Arbeitsvertragsgesetz) liegt nun als ein Teil eines Arbeitsgesetzbuches vor. Dieser Entwurf eines Arbeitsvertragsgesetzes ist ein bedeutender erster Schritt, um das stark zersplitterte Arbeitsrecht einer Kodifizierung zuzuführen. Missständen der heutigen arbeitsmarktpolitischen Situation, wie Bagatellkündigungen, Leiharbeit und prekären Beschäftigungsverhältnissen, muss mit einer gesetzlichen Regelung ein Riegel vorgeschoben werden. Jeder Beschäftigte in Deutschland, wenn nicht sogar in der gesamten Europäischen Union, muss für seine Arbeit einen existenzsichernden Mindestlohn erhalten.

Einklagbare Grundrechte sichern

Aus der mehr als 100jährigen Geschichte der gescheiterten Versuche der Kodifikation des Arbeits-

rechts sowie der Verpflichtung aus dem Einigungsvertrag von 1990 leitet sich die Notwendigkeit der Schaffung eines modernen sozialen Arbeitsrechts ab. Das Recht auf Arbeit sowie das Recht auf politisch begründeten Streik muss verfassungsmäßig festgeschrieben werden. Die unendliche Vielfalt an Einzelregelungen im derzeit gültigen Arbeitsrecht muss abgeschafft werden. Die Arbeitsgerichtsbarkeit muss eindeutig sein und darf nicht mangels gesetzlicher Regelungen der richterlichen Auslegung untergeordnet werden.

Ein soziales Arbeitsrecht soll ganz besonders ein Arbeitnehmerschutzrecht sein, dass auf den Leitprinzipien von Solidarität, Gerechtigkeit, Freiheit und Gleichheit aufbaut, das schuldrechtliche Austauschverhältnis abschafft, die Arbeitnehmerhaftung einschränkt, das Arbeitskämpfrecht regelt und dem Arbeitsrechtsverhältnis zugrunde liegen. Lohnforderungen der Beschäftigten müssen in Insolvenzverfahren Vorrang haben, Tarifbindungen sollen unbedingt eingehalten werden, Leiharbeit soll verboten werden. Ein modernes soziales Arbeitsgesetzbuch muss jede Art von Erwerbseinkommen berücksichtigen und allen Beschäftigten einklagbare Grundrechte sichern.

Stärkung der Arbeitnehmerrechte

Renate Licht, Vorsitzende des

DGB-Thüringen, trat für die Stärkung der Arbeitnehmerrechte durch sicherere Verträge ein. Die Zahl der „Normalarbeitsverhältnisse“ ist stark abnehmend. Auch gegen unfreiwillige Teilzeit und das Ausufern von Praktika muss ein gesetzliches Gegenmittel gefunden werden. Nur 35 % der Beschäftigungsverhältnisse in Thüringen unterliegen Tarifverträgen oder Betriebsvereinbarungen, daher müssen gerade diejenigen Wirtschaftszweige in denen besonders oft prekäre Beschäftigungsverhältnisse vorkommen, durch gesetzliche Regelungen abgedeckt werden, denn nur so können Reallohnverlust, Kinder- und Altersarmut und das Auftreten von „Aufstockern“ verhindert werden. Die sogenannten 1-Euro-Jobs sowie die ab dem Jahr 2011 von den Arbeitsagenturen angebotene Bürgerarbeit müssen abgeschafft werden, da sie den Niedriglohnssektor noch ausweiten und prekäre Beschäftigungsverhältnisse von Staatswegen fördern.

Festschreibung des Rechts auf Arbeit

Zum Entwurf des Arbeitsvertragsgesetzes bemerkte Renate Licht, dass die Zielstellungen noch deutlicher in einer Präambel dargestellt werden sollten. Gegner dieses Entwurfs sieht sie vor allen bei der CDU, der CDA (Christlich demokratische Arbeitnehmerschaft) und der FDP, aber mit diesem linken Entwurf kann nun die

arbeitsrechtliche Streitdiskussion in eine andere, alternative Richtung gelenkt werden.

Auf diese Ausführungen folgte eine angeregte Diskussion, an deren Anfang Bodo Ramelow das Wort ergriff und die Notwendigkeit eines modernen und sozialen Arbeitsvertragsgesetzes nochmals betonte. Einen besonderen Regelungsbedarf sieht er bei der Festschreibung des Rechts auf Arbeit in der Verfassung, einer Vermittlungspflicht der Arbeitsagenturen für Arbeitslose innerhalb der ersten 6 Monate der Arbeitslosigkeit, den Ausbau der öffentlich geförderten Beschäftigung und die Abschaffung von 1-Euro-Jobs.

Im Laufe der Diskussion wurden grundsätzlich die Klarheit der Grundregeln, die Kompromissfähigkeit des Gesetzesentwurfs, das Recht auf Arbeit, die Abschaffung der 1-Euro-Jobs, der Kündigungsschutz und das kollektive Arbeitsrecht angesprochen. Das Grundanliegen einer einheitlichen Kodifikation des Arbeitsrechts wurde von allen Teilnehmern nachhaltig begrüßt. Die Podiumsdiskussion ist der Beginn einer umfassenden gesellschaftlichen Diskussion, die hoffentlich bald zur Verabschiedung eines Arbeitsvertragsgesetzes führen kann.

Den Entwurf des Gesetzes zur Regelung der Mindestbedingungen im Arbeitsverhältnis - Arbeitsvertragsgesetz finden Sie unter www.arbeitsgesetzbuch-ag.de.

Unsere Vision bleibt „Ein Potsdam für ALLE!“

Von Sascha Krämer, Vorsitzender des Kreisverbandes DIE LINKE.Potsdam

Der immer noch rauchende Exkanzler Helmut Schmidt sagte einmal: Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen. Sicherlich, zu viele davon sollte man in der Politik nicht haben. Aber gesellschaftlicher Wandel kann nur erreicht werden, wenn Menschen Ziele entwickeln und auch bereit sind, für diese einzutreten, ja zu streiten. Gerade in der heutigen schnelllebigen Politik ist zu beobachten, wie Visionen abgeschliffen und abgelegt werden, bevor sie überhaupt Einfluss auf das politische Tagesgeschäft nehmen können. Sie aufrecht zu erhalten, geht nicht einher mit dem Verlust jedes Bezuges zur Realität. Nein, vielmehr zeigt die Praxis, wie wichtig es ist, eine Vision für diese Gesellschaft – für diese Stadt zu haben.

DIE LINKE hat eine Vision von dieser Stadt. Diese heißt: Ein Potsdam für Alle. Das mag in einigen Ohren anmaßend klingen oder man reagiert mit „Typisch LINKE – alles wieder gleichmachen“. Übrigens inspirierten wir damit auch die hiesige CDU, die sich unseren Slogan für die OB-Wahl borgte.

Bei einem Potsdam für alle geht es uns um demokratische Teilhabe aller Potsdamerinnen und Potsdamer, der Alteingesessenen und neu

Zugereisten, der jüngeren Generationen und der Rentner und Pensionäre, der Frauen und Männer, also aller, sowohl in der Politik als auch in der Wirtschaft; in der Kultur und in der Bildung. Teilhabe ist der Schlüssel für eine zukunftsfähige Gesellschaft.

Übrigens, wenn jetzt die SPD über eine Konkretisierung des Bürgerhaushaltes nachdenkt und der Oberbürgermeister über Bürgerbefragung philosophiert, dann ist es genau das, was wir von konkreter Teilhabe verstehen – und das fordern wir schon seit Jahren.

Bei einer Vision von dieser Stadt geht es mir um Solidarität in der Gesellschaft wie auch in dieser Stadt. Solidarität bedeutet für mich, dass Menschen sich für die Rechte Benachteiligter so einsetzen, als wären sie selbst betroffen. Das bedeutet zum Beispiel für uns als LINKE – sich konsequent für kostenloses Schulesen einzusetzen.

Es geht um Gerechtigkeit als Klammer menschlichen Zusammenlebens. Ohne soziale Gerechtigkeit gibt es keine wirkliche Demokratie. Dies bedeutet, dass alle Teile dieser Stadt die gleichen Entwicklungschancen bekommen – und mit alle meine ich auch alle und nicht nur die Potsdamer Mitte,

die in preußisch Aspik eingelegt wird, sondern auch Groß Glienicke, die Waldstadt und den Stern.

Es geht um Toleranz und Respekt, damit in einer weltoffenen Stadt die Unterschiede nicht zur Diskriminierung führen, sondern kulturell bereichern. Respekt gegenüber unterschiedlichen Geographien; seien

sie östlich oder westlich, nördlich oder südlich. Toleranz gegenüber unterschiedlichen Lebensentwürfen. Ob Hausbesitzer oder Hausbesitzer, ob Freiland oder Schlosstheater, ob Single oder Großfamilie – ob gläubig oder Atheist.

Es geht um ein modernes und dynamisches Potsdam. Mit weite-

ren Wirtschaftsansiedlungen mit guter Arbeit und gerechten Löhnen. Mit unterschiedlichsten Kulturangebote, die sich jeder leisten kann. Es geht um Potsdam als eine attraktive und lebenswerte Hochschulstadt und das 24 Stunden – und nicht nur in den Nachmittagsstunden auf den Bahnsteigen nach Berlin. Das heißt bezahlbarer Wohnraum für Studierende!



Fahrradfreundliche Stadt auch im Winter

Potsdam als fahrradfreundliche Stadt – aber nicht im Winter. Das Gros der Fahrradwege ist nicht geräumt. Die Wege, die sich auf Straßen befinden, sind mit dem Schnee der Straße blockiert. Statt alles zu räumen wurde der Weg für die Autos auf Kosten der Fahrradfahrer frei geräumt. Damit bleibt ihnen nur noch auf der Autospur zu fahren. Diese Situation ist für alle Verkehrsteilnehmer nicht nur unbefriedigend, sondern auch gefährlich. Ich fordere die Verantwortlichen auf, im Sinne der Sicherheit, die Wege zu räumen. Damit Potsdam auch im Winter eine fahrradfreundliche Stadt ist – das meint Sascha Krämer, Kreisvorsitzender DIE LINKE.Potsdam (Foto).

Innere Erneuerung und ihre Außenwirkung

Ortsverband Stern-Drewitz-Kirchsteigfeld DIE LINKE

Am 09. Oktober 2010 gründete sich der Ortsverband Stern-Drewitz-Kirchsteigfeld unserer Partei. Der erste direkte Handlungsauftrag an den neuen Ortsvorstand war und ist es, darauf hinzuwirken, mehr Frauen für das Engagement bei uns zu motivieren, denn die aktuelle Situation ist weder im Ortsverband noch im größeren Rahmen unserer Partei befriedigend.

Auch unser Ortsverband steht vor spezifischen Problemen bei denen die neue Organisationsstruktur nur helfen kann. Vorrangig verbessert diese neue Struktur die interne Organisation und fördert die Basisdemokratie in unserer Partei. Genau das ist existenziell, um langfristig die Arbeit in den Stadtteilen aufrecht zu erhalten, vor allem aber zu verbessern. Um das zu gewährleisten, ist ebenso die Aktivierung des Parteilebens, also die Motivation der eigenen Genossen, stärker von Bedeutung. Unser Ziel ist es daher, unsere Ausstrahlung nach Innen und Außen auszubauen.

Die besondere Herausforderung, die sich in unseren Stadtteilen stellt, ist nicht, dass es uns an Zuspruch

fehlt, bekanntlich stellen sie unter anderem unsere 'Hochburgen' dar. Was aber nicht bedeuten soll, es gäbe dort kein Ausbaupotential. Das Problem aber liegt bei der geringen Wahlbeteiligung und schwindendem Interesse für Politik – leider zu recht. Denn wie sich zeigt, wenden sich vor allem die Menschen ab, die das Gefühl haben, schon lange nicht mehr im Blickfeld der Politik zu sein. Hier muss es unsere Aufgabe sein, gegen zu steuern. Wir sind der Vertreter ihrer Interessen und streiten für eine integrative Stadtpolitik, abseits von Klientelinteressen. Als dieser müssen wir aber auch für den Bürger erkennbar sein, das bedeutet sowohl Profilschärfung und das Aufzeigen echter Handlungsalternativen, als auch deren Kommunikation via gelebter Bürgernähe.

So werden wir unsere Kräfte neu strukturieren, um in unseren Stadtteilen präsenter zu sein, sowie unsere Angebote für den Bürger ansprechender zu gestalten. Wir werden die Vernetzung mit Vereinen, (Bürger-)Initiativen etc. intensivieren, genauso wie wir die Kooperation

OV Stern-Drewitz-Kirchsteigfeld Kontakt

E-Mail: ovstern-drewitz-kirchsteigfeld@dielinke-potsdam.de Tel.: 0162/6559800 (Klaus Mohrholz-Wensauer)

Vorstandsmitglieder (Alter) - Aufgabenschwerpunkte

Klaus Mohrholz-Wensauer (38 J.) - Vorsitz + außerparlamentarische Kooperation; Ewald Dähnrich (60 J.) - Unternehmer; Alexander Frehse (43 J.) - Wahlkoordination + Statistik; Matthias Kratky (23 J.) - Presse + 'freie' Mitglieder; Petra Pannicke (51 J.) - Finanzen; Hans-Dieter Plumbaum (55 J.) - Unternehmer

mit lokal verankerten Unternehmern gesucht werden. Es wird weiterhin eine enge Vernetzung mit den ansässigen BO'n geben, sowie regelmäßige thematische Veranstaltungen

für Basismitglieder und interessierte Bürger, in Abstimmung mit den anderen OV. Unabdingbar wird auch der Ausbau unserer Öffentlichkeitsarbeit sein. Denn eine mo-

derne linke Partei muss nicht nur Handlungsalternativen aufzeigen, sondern diese auch vermitteln können.

Matthias Kratky

Unser Anspruch: Mehr echte Bürgerbeteiligung und Transparenz in Ortsteilen!

Ortsverband Westliche Ortsteile DIE LINKE/Von Harald Herzel, Vorsitzender

Bürgerbeteiligung schrieb sich im OB-Wahlkampf nicht nur LINKEN-Kandidat Scharfenberg „auf die Fahnen“, sondern auch SPD-Mann Jakobs warb damit für seine Wahl. Der Ortsverband Westliche Ortsteile der LINKEN wird seine Rathauspolitik kritisch begleiten, denn gerade die Bewohner der Ortsteile fühlen sich oft genug bei wichtigen Entscheidungen geneppt. Die undurchsichtigen Vorgänge um das Tierheim seien beispielhaft für ein Politikprinzip genannt, das mit Transparenz nichts zu tun hat.

Deshalb wollen die LINKEN im Westen Potsdams mit ihren zwei Stadtverordneten, dem Ortsvorsteher in Eiche und insgesamt vier Ortsbeiratsmitgliedern genau darauf achten, dass Bürger wirklich einbezogen werden, wenn es um Vorhaben wie den Tierheimbau oder eine bessere ÖPNV-Anbindung auch für Einwohner der Unistandorte in Spitzenzeiten der „Studentenmobilität“ geht. Darüber hinaus wollen die Einwohner rechtzeitig in die Planung von neuen Wohnbebauungen und die Baulandumlegung für die Erweiterung des

Wissenschaftsparks Golm eingebunden werden. Bereits seit Jahren fordern betroffene Bürger Straßenbaumaßnahmen zwischen Nattwerder und Grube, in Golm am Teilstück Reiherbergstraße sowie Lärmschutzmaßnahmen an der Bahnlinie.

An all diesen Punkten wird der Ortsverband darauf achten, dass der OB seine Wahlversprechen nicht vergisst. Bürgerinnen und Bürger sind jedoch gut beraten, auch selbst aktiv für ihre Interessen aufzutreten – denn Bürgerbeteiligung muss eingefordert werden!

Ein Brief an den König – brachte weniger als wenig

Januar 1786

Um sein Land zu „peuplieren“, also mit produktiven Menschen zu füllen, hatte Friedrich II. 1750 die böhmischen Weber nach Preußen holen lassen unter dem Vorwand, den in Böhmen religiös Verfolgten Heimat, Arbeit und Freiheit in Glaubensdingen zu sichern. Ein Teil von ihnen fand bei Potsdam zwar eine neue Heimat, doch keine beständige soziale Sicherheit. Mehr und mehr

gerieten sie in die Fänge der sogenannten Verleger, die die Weber für geringste Löhne arbeiten ließen. Dergestalt in soziale Notlage gedrängt, wussten sich die Nowaweser Weber nicht anders zu helfen als sich am 01. Januar 1786 direkt an den König zu wenden.

Die - wie sie sich selbst bezeichnen - „treuehormsamste Knechete“ klagten darüber, dass

trotz der Anordnung Friedrich II., 100 Webstühle in Gang zu halten, nicht alle Familien Arbeit hätten. Auch der Weg zu den Berliner Verlegern - in Potsdam gab es keinen - hinderte die Weber daran, für sich selbst entsprechend sorgen zu können, denn bis Berlin war es weit. Viel Zeit kostete der Gang, die für das Weben verloren war. „...auch“, so fuhren die Weber fort, „...sich

mancher so dabey ruiniret, daß er um Gesundheit und Kleidung komt und nichts vor seine Arbeit und Mühe sich anzuschaffen im stande ist, und Frau und Kinder Noth leiden müßen...“

Eine Antwort freilich erhielten die Weber nicht. Eine Verbesserung ihrer sozialen Notlage stellte sich genauso wenig ein.

„...ein schlechter Regent“

Januar 1861

Am 02. Januar 1861 verschied Friedrich Wilhelm IV., seines Zeichens König von Preußen, nach 21jähriger Regierungszeit. Er selbst, durchaus musisch begabt, hatte von sich selbstkritisch gemeint, dass er wohl ein besserer Architekt denn ein preußischer König geworden wäre. (Und betrachtet man die Bauten in Pots-

dam, die er angeregt bzw. an denen er mit entworfen hatte, so muss man ihm durchaus beipflichten.) er bezeichnete sich selbst als „Romantiker auf dem Thron“.

So sind sie wohl beide ein wenig vergleichbar: der König Friedrich Wilhelm IV. und der Dichter der Romantik Heinrich Heine.

Der findet für den König folgende durchaus lobende Zeilen: „Ich habe ein Faible für diesen König;

ich glaube, wir sind uns ähnlich ein wenig.

Ein vornehmer Geist, ja viel Talent.“

Dass ein König aber bedeutend mehr als nur einen vornehmen

Geist und viel Talent besitzen muss, weiß Heine wohl und er vollendet den Reim mit den Worten:

„Auch ich, ich wäre ein schlechter Regent.“

-rt

Tumultartiger Applaus

Januar 1951

Wenn die Geschichte des Potsdamer Theaters geschrieben wird, ist sicherlich auch der 07. Januar 1951 darin verankert. Es gastierte nämlich im Landestheater, Spielstätte Zimmerstraße, das weltberühmte sowjetische Odraszow-Ensemble. Der Namensgeber des Ensembles, Sergej Wladimirowitsch, war einer der bedeutendsten Puppenspieler der Welt. Wenn

auch die „Märkische Volksstimme“ zeitbedingt überschwänglich über den Auftritt des sowjetischen Ensembles berichtete, bleibt doch die Begeisterung über eine große künstlerische Leistung, die den Potsdamern geboten wurde. „Tumultartiger Applaus, der sich über eine Viertelstunde erstreckte, Dankes- und Freundschaftsbezeugungen, gerufen, gesungen, mit Blumen



und Geschenken, so verklungen die Darbietungen des Odraszow-Ensembles im Landestheater in Potsdam. Mit einem neuen Kunstereignis hat uns die Sowjetunion überrascht. Überrascht deshalb, weil es einfach bisher für uns unvorstellbar war, dass derartige überhaupt möglich ist.“

Und sie bewegten sich doch!

Januar 1981

Groß angekündigt worden war er, der Neujahrslauf am 01. Januar 1981 im Wohngebiet Am Stern, und Prominenz hatte sich angesagt - darunter die Weltklassekanutin aus Potsdam, Birgit Fischer. Doch das Wetter war

alles andere als winterlich-freundlich. Es war Kalt und es regnete. Die Offiziellen sagten ab und die Prominenz zog sich zurück. Doch die Laufwilligen ließen sich nicht schrecken und schon gar nicht nach Hause

schicken. Der Neujahrslauf 1981 fand statt.

Resümierend stellte der 71jährige Herrmann Kreschoffsy aus Kleinmachnow fest: „Erfreulich, dass es immer mehr Lauf-freunde gibt. Egal, welches Wet-

ter, bei richtiger Kleidung kann man immer laufen.“ Diese Auffassung hätte den Offiziellen und der Prominenz sicherlich auch gut getan.

Preußen und kein Ende

Januar 1991

Mit der Selbstkrönung des Kurfürsten Friedrich III. zum König in Preußen am 18. Januar 1701 in Königsberg trat das Königreich Preußen auf die Bühne der Ge-

schichte. Dann wurde es Kaiserreich - wieder an einem 18. Januar. Im Jahre 1871 in Versailles. Schließlich ging es als Kaiserreich am 09. November 1918 unter, bestand

aber weiterhin als preußischer Staat bis zum 25. Februar 1947. Da nämlich fasste der Alliierte Kontrollrat den Befehl Nr. 46, der die Auflösung des preußischen Staates vorsah mit der Begründung: „Der Staat Preußen, der seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland gewesen ist, hat in Wirklichkeit zu bestehen aufgehört [...] Der Staat Preußen, seine Zentralregierung und alle nachgeordneten Behörden werden hiermit aufgelöst.“

Doch 1991 - wieder am 18. Ja-

nuar - führt die „Vereinigung Brandenburg-Preußen e.V.“ - am 09. 06. 1990 in Neuhardenberg gegründet - im Schloss Lindstedt eine feierliche Gedenkstunde aus Anlass der königlichen Selbstkrönung am 18. 01. 1701 in Königsberg durch. Doch damit nicht genug. Es wird ein „Freistaat Brandenburg-Preußen“ gefordert, der aus Sachsen, Brandenburg und Vorpommern gebildet bestehen soll.

Ein Schelm, der da an eine konservative Monarchie denkt?



(Unerwünschte) Kultur abserviert ?

Seit 16 Jahren besteht das Archiv und ermöglicht mit mehr als 15.000 ehrenamtlichen Arbeitsstunden auf fast 3.000 Quadratmetern Jahr für Jahr Kultur in Potsdam, die für junge, erwachsene und ältere Menschen mach- und erlebbar ist. Abseits stumpfen Konsumierens und raubtierhafter Verwertungslogik arbeitet das Archiv nach einem solidarisch-ökonomischen, nicht-kommerziellen Prinzip. Auch wird engagiert Arbeit gegen Rechtsradikalismus und Neofaschismus forciert und nicht nur so ein wichtiger Beitrag für unsere Gesellschaft geleistet.

Das Archiv ist in akuter Existenznot !

Nach 16-jähriger Duldung fordert die Stadt eine teure Brandschutzsanierung und macht diese zur Voraussetzung für den Weiterbetrieb. Zwar will der Archiv e.V. dies leisten, aber woher die nötigen 500.000 Euro nehmen? Zwar stellt die Stadt 225.000 Euro, aber davon mussten - allein um eine Baugenehmigung zu beantragen - bereits circa 30.000 Euro für Gutachten und Bauplanung verwendet werden. Der Archiv e.V. musste enorme bürokratische Hürden überspringen: Lange Bear-

beitungszeiten in den Behörden, immer wieder verlangte Nachforderungen und zusätzliche, kostenintensive Auflagen, eine unwillige Beigeordnete für Kultur (CDU), sowie eine Stadtverwaltung, die mit der von ihr selbst geschaffenen Situation überfordert scheint.

Eine Betriebserlaubnis für das Archiv wird seit 2 Jahren stets nur für wenige Monate ausgesprochen. Und so wird der Verein zum ständigen Bittsteller degradiert, der keinerlei Planungssicherheit genießt.

Obwohl der Archiv e.V. über seine alltägliche

Arbeit hinaus bereits 10.000 Euro und Eigenbauleistungen in Höhe von circa 50.000 Euro beisteuert, wird von der Stadt gebetsmühlenartig mehr Eigenbeteiligung gefordert, die aber außerhalb der Möglichkeiten des Vereins liegt.

Fakt ist, wird das Archiv zwangsgeschlossen, wäre eines der größten und dauerhaftesten soziokulturellen Zentren Brandenburgs und der darin liegende gesellschaftliche Beitrag zum „Tode verurteilt“.

Kay-Uwe Kärsten, Archiv e.V.



Wir brauchen Ihre Hilfe !

Spenden bitte an:
Archiv e.V. MBS Potsdam
Konto: 3517008272
BLZ: 16050000

Griebnitzseeschule bald ohne Turnhalle?

Undurchsichtige Geschäfte mit städtischem Bildungskapital

Nach dem Verkauf eines Teils des Schulgebäudes des ehemaligen Espengrund-Gymnasiums an die katholische Marienschule droht dem Sportunterricht der städtischen Griebnitzseeschule vorübergehend die Obdachlosigkeit. Grund dafür ist der für November 2011 geplante Abriss der alten Turnhalle. Diese soll durch einen neuen Mehrzweckbau der Marienschule ersetzt werden. Dessen Fertigstellung ist allerdings erst für August 2012 vorgesehen. Damit ständen die Schüler über acht Monate ohne Turnhalle da, insbesondere in der Wintersaison. Damit ist der Sportunterricht für die städtischen Grundschüler wie auch für die Marienschüler akut gefährdet. Im Vorfeld war der Schulkonferenz und auch den Stadtverordneten

zugesichert worden, dass die Turnhalle bis zur Fertigstellung des Neubaus nutzbar bleiben sollte.

Die Verträge, die der städtische Immobilienservice mit dem Erzbisum abgeschlossen hat, sehen nun aber andere Bauabläufe vor. Der nunmehr vorgezogene Abriss der alten Turnhalle hat offenbar finanzielle Gründe. Eine Aufrechterhaltung des Betriebes würde erhebliche Mehrkosten für das Bistum verursachen. Dem hat sich der städtische Immobilienservice in der Vertragsgestaltung letztlich gebeugt – und sich damit über klare Vorgaben der SVV und der betroffenen Schulkonferenz hinweggesetzt. Der nunmehr als Alternative angebotene Shuttle-Verkehr zur Turnhalle am Schilfhof verursacht eben-

falls erhebliche Mehrkosten – diesmal aber für die Stadt. Und er führt zu einer einstündigen Fahrzeit für die Schüler zu jeder Sportstunde – ein Zustand, der für eine Grundschule unstrittig indiskutabel ist.

Auf Initiative der LINKEN hat die SVV in ihrer Dezembersitzung den OB aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass die Bauabläufe so angepasst werden, dass die Turnhalle bis zur Fertigstellung des Neubaus zur Verfügung steht. Die Schulkonferenz hat außerdem die Kommunalaufsicht angerufen, da die Stadt nur Gebäude veräußern darf, die für die Erfüllung eigener Aufgaben nicht mehr benötigt werden. Das Beispiel zeigt deutlich, wie kritisch der Verkauf öffentlicher Schulgebäude an private Schulträger zu werten ist. Als LINKE werden wir uns dafür engagieren, dass die Praxis derartiger Verkäufe in Potsdam beendet wird.

Stefan Wollenberg
Mitglied des Bildungsausschusses

SPD greift Forderungen der LINKEN aus dem OB-Wahlkampf auf

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg forderte im Wahlkampf, dass der Bürgerhaushalt auf den Prüfstand muss. Höhere Verbindlichkeit der Bürgervorschläge, die Einführung stadtteilbezogener Fonds und die eines eigenen Budgets waren LINKE Forderungen. Die Bürger könnten bei Verfügung über ein Budget erkennen, dass sie Einfluss haben. Zur Ernsthaftigkeit gehört auch, dass die Verwaltung, die die Anträge prüft und bewertet, auch eine Finanzierungsmöglichkeit aufzeigt. Das kann nicht wie bisher die Stadtverordnetenversammlung sein.

In den Haushalt von 2010 wurde kein einziger Bürgervorschlag aufgenommen. Durch Verwaltungshandeln erledigt, als Prüfaufträge weiterverfolgt oder unter Finanzierungsvorbehalt stehend lassen alle Vorschläge versanden. Erst werden Bürger zur

Teilnahme motiviert und dann werden sie abgeschmettert. Das geht nach meinem demokratischen Verständnis genauso wenig wie ein bisschen schwanger zu sein. Der Bürgerhaushalt darf keine Alibiveranstaltung werden, die den Bürgern lediglich etwas Mitbestimmung vorgaukelt, sie aber nicht ernst nimmt. Die politischen Verantwortlichen müssen sich klar werden, was das Instrument des Bürgerhaushaltes für sie und die Bürger bedeutet. Ich verspreche mir von diesem Mittel der direkten Demokratie, dass sie die von Politik- und Parteienverdrossenheit bedrohte Demokratie (siehe OB-Wahlbeteiligung) auf lokaler Ebene wieder Leben einhaucht, sie verändert und ihr eine höhere Legitimation verleiht. Dazu muss der Bürgerhaushalt konsequenter als bisher umgesetzt werden. Permanente Enttäuschun-

gen für motivierte Bürger gehören nicht dazu.

In seiner Ansprache zur Amtseinführung am 26. November 2010 sprach sich der Oberbürgermeister Jann Jakobs für mehr Bürgerbeteiligung und eine Konkretisierung des Bürgerhaushaltes aus. Wunderbar, das ist genau das, was DIE LINKE unter konkreter Teilhabe versteht. Damit setzt er sich auf LINKE Forderungen - die er in der Vergangenheit immer ablehnte. Mit wem will er eigentlich seine ambitionierten Ziele umsetzen?

Die Grünen sind gegen Bürgerbefragung, FDP und CDU haben eine gewisse Skepsis gegenüber dem Bürgerhaushalt. Da bleibt eigentlich, nur noch, ja genau: DIE LINKE übrig. Ich wünsche mir, dass der amtierende Oberbürgermeister einen souveränen Schritt auf die LINKE zu macht und sich endlich für mehr Bürgerbeteiligung einsetzt. Alles andere ist ungläubwürdig!

Sascha Krämer
DIE LINKE Potsdam

Wer anderen Menschen Freude schenkt, bekommt doppelte Freude zurück

Wer hat Zeit und Lust in unserem Club Veranstaltungen zu betreuen, Kaffee zu kochen, eine Gesprächsrunde zu führen oder einen eigenen Kurs zu leiten oder zu betreuen, wie z. B. Fotobearbeitung, Computerkurs und Internet oder sein eigenes Hobby einzubringen?

Wir suchen ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter!

Es gibt kein Gehalt, aber eine Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Arbeit und herzliche Dankbarkeit von Seniorinnen und Senioren. Aufgaben und Zeitrahmen nach persönlicher Absprache. Bei Interesse unverbindliche Meldung telefonisch oder per Mail an:

Alfred und Toni Dahlweid Stiftung
Seniorenfreizeitstätte im Wohngebiet „Zentrum-Ost“
Edisonallee 11,
14473 Potsdam,
Telefon: 0331-710828 oder 711596
e-Mail: dahlweid-stiftung@t-online.de
www.dahlweid-stiftung.de



Über zehn Wochen nach der Wahl und trotz des völlig unerwarteten Wintereinbruchs: der OB hält durch...

Bürgerbeteiligung ist kein Placebo

„Die Teilnehmer des Werkstattverfahrens zur Entwicklung der Gartenstadt Drewitz werden die Wahl der Betroffenenvertretung für die Bürger des Stadtteiles Drewitz klären“, so der Baubeigeordnete Klipp in seiner Begrüßung an die Teilnehmer des Werkstattverfahrens am 9. Dezember 2010. Vierzig Teilnehmer davon nur vier Bürger aus dem betroffenen Gebiet - damit entscheiden 1 Prozent über die Zukunft der Gartenstadt. „Die Entwicklung des nun gestarteten Werkstattverfahrens – was DIE LINKE per Antrag in der SVV eingefordert hat – zur Entwicklung der Gartenstadt Drewitz werden wir konstruktiv beobachten und bei Bedarf öffentlichkeitswirksam Kritik an den Missständen üben“, so der Kreisvorsitzende Sascha Krämer.

„DIE LINKE wird die Informationen aus den Werkstattverfahren so öffentlich wie möglich machen. D.h. die Information an die Bürgerinnen und Bürger weitertragen“ erklärt der Ortsverbandsvorsitzende Klaus Mohrholz-Wensauer. So umfangreich und so schnell wie möglich! So, wie das Werkstattverfahren läuft, hat es mit Bürger-

gerbeteiligung wieder nichts zu tun. Wieder hinter verschlossenen Türen und mit lediglich vier betroffenen Bürgern. Die Stadt will erneut Tatsachen schaffen, zu denen die Leute in der abschließenden Informationsveranstaltung „Amen“ sagen können oder dagegen protestieren. Das ist der gleiche Versuch wie bereits im Mai 2010. Dieses Mal geht man etwas geschickter vor. Suggestiert Bürgerbeteiligung, um dann sagen zu können „es gab sie doch“. Hier wirklich was zu ändern hat man nicht vor. Man will die alten Pläne der Bevölkerung nur unterjubeln, so Krämer.

Warum fürchtet man sich in dieser Stadt so vor den eigenen Bürgern? Warum lässt man nicht die Bevölkerung demokratisch entscheiden?

Der sinnvollste Weg wäre doch in einer ersten Bürgerversammlung Ideen zu sammeln. In einer zweiten aus den gesammelten Ideen Vorschläge im Baukastenprinzip zu erarbeiten und diese dort zu präsentieren und jeweils vier Varianten gemeinsam auswählen, die dann zur Abstimmung kommen sollen. Und letztlich dann durch ein Bürger-

votum zu jedem Baustein (Innenhöfe, Aufstockung, Parkplätze, Verkehrsführung, Park) aus jeweils vier möglichen erarbeiteten Varianten auswählen zu lassen. Dann ist das Bürgerbeteiligung und ein Mehrheitsbeschluss ohne Haken und Ösen. Jeder hätte dann die Möglichkeit sich zu beteiligen. Das wäre dann ein Musterprojekt. Mit der Bevölkerung für die Bevölkerung, so Mohrholz-Wensauer.

„Ein demokratisch legitimer Vertreter kann eigentlich nur von den Drewitzern in einer Wahl bestimmt werden. Das setzt aber erstens eine umfassende Information der Bürger über alle möglichen Realisierungsvarianten voraus und zweitens das Vorhandensein von Kandidaten, die eine bestimmte Position vertreten“, erklärte Alexander Frehse vom Bürgeraktiv.



Eine Stadt als Garten, die so keiner will

Szenario-Workshop, Internationale Sommercamps, Architekturentwürfe, Landschaftspläne, Beschlüsse der Stadtverordneten, eine Informationsveranstaltung im Mai 2010 und nun ein Werkstattverfahren. Die Latte wird lang und länger beim Projekt „Gartenstadt Drewitz“.

Ganze vier Bürger des Stadtteiles sind aktuell eingebunden. Wie bereits in der Vergangenheit immer wieder eingefordert, haben der Oberbürgermeister und sein Baubeigeordneter es nicht geschafft, die Bürger in ihr Vorhaben aktiv mit einzubinden. Bürgerbefragungen bleiben da im Prozess bisher ganz außen vor.

Leider keine Einladung zum Werkstattverfahren hat die Kita „Storchennest“ aus der Günther-Simon-Straße erhalten. Sie haben sich am 28. November 2010 mit einem offenen Brief an den Oberbürgermeister gewandt, in welchem sie sich zu den bisher bekannten Verkehrsplanungen und den damit zu befürchtenden gesundheitlichen Auswirkungen

auf die Kinder sowie der Zunahmen an Individualverkehr in den Nebenstraße kritisch äußerten. Alternativvorschläge wurden im gleichen Schreiben gemacht.

In der Antwort des Oberbürgermeisters teilte dieser mit, dass er das Schreiben mit der Bitte um Berücksichtigung an die Verkehrsplaner weitergegeben hat. In den am 9. Dezember vorgestellten vier Verkehrsvarianten spielten ihre Vorschläge keine Rolle. Der Leiterin der Einrichtung wurde zugesagt, dass sie eine Einladung zu den Versammlungen erhalten werde (telefonische Aussage einer Mitarbeiterin im Projektraum Drewitz). Leider ist diese bis heute nicht bei ihr eingegangen.

Der Oberbürgermeister muss sich fragen lassen: Nach welchen Kriterien wurde die Teilnehmerauswahl vorgenommen? Sind Teilnehmer unerwünscht, die im Vorfeld konstruktive Kritik äußerten?

Arbeitet er frei nach dem alten Gänseblümchen-Spiel: Dich will ich, Dich will ich nicht...? So, Herr

Oberbürgermeister, sieht Bürgerbeteiligung nicht aus. Wir fordern Sie auf, das Werkstattverfahren auf eine breite Basis zu stellen. Darunter verstehen wir auch die Einladung an alle Kitas, Schulen und Jugendeinrichtungen des Stadtteils Drewitz. Vertrauen in Politik muss man sich hart erarbeiten. Eine „Ich-gelobe-Besserungs-Rede“ zur Amtseinführung reicht da nicht aus.

Schon jetzt mehren sich die Bürgeraussagen, dass wenn die

Umsetzung des Gartenstadt-Projektes und vor allem des Konrad-Wolf-Parkes so wie bisher geplant umgesetzt werden, mit einem verstärkten Wegzug aus dem Stadtteil zu rechnen ist. Kalkül der Stadtverwaltung oder Abgehobenheit und Desinteresse? Die Frage muss sich der Oberbürgermeister selbst beantworten.

S. J.
Teilnehmerin des
Werkstattverfahrens zur
Gartenstadt Drewitz

Baumärkte sind „ausgereizt“ in Potsdam

Zu den Dimensionen des geplanten Drewitz-„Parks“

Die Stadtverwaltung Potsdam hat bei anderen Gelegenheiten darauf hingewiesen, dass Gewerbeflächen benötigt werden für Gewerbebetriebe, die derzeit in Wohngebieten ihren Standort haben. Das beschränkt deren Entwicklungsmöglichkeiten, stört unter Umständen die Nachbarn und die Bausubstanz ist meist nicht die beste. Für solche Betriebe wäre dieser Standort gut geeignet. Diese Flächen könnten für die Entflechtung von Wohnen und Arbeiten in Potsdam genutzt werden. Eine Zufahrt zur Autobahnabfahrt könnte so durch das Wäldchen geführt werden, dass sich die Versiegelung in Grenzen hält. Damit wäre eine Verkehrsanbindung geschaffen, die den neu entstehenden Verkehr aufnimmt und eine Belastung des Kirchsteigfelds und von Alt Drewitz vermeidet. Angestellte könnten mit der Tram ihre Arbeitsplätze erreichen. Das ehemals verkündete Konzept „Woh-

nen und Arbeiten“ im Kirchsteigfeld sah diese Verbindung vor. Außerdem wird von den Gewerbebetrieben keine größere Lärmbelastung zu erwarten sein. Die entstehenden Gebäude würden die Wohnungen zusätzlich von den Geräuschen der Autobahn abschirmen. Von einer solchen Nutzung der Fläche sind eigentlich fast nur positive Aspekte zu erwarten.

Unverständlich ist das Vorhaben der Stadt, dem Investor so entgegenzukommen, dass dort Verkaufsflächen in Größenordnungen entstehen würden, die Potsdam bisher immer verhindern wollte. So wurde die Nutzung der Bahnhofspassagen beschränkt mit dem Hinweis auf Verkaufspotentiale in der Innenstadt, ebenso wurde die Nutzung der Fläche, auf der „Porta“ entstanden ist, beschränkt und auch ein Ausbau des Stern-Centers wurde verhindert. Die Schaffung von Arbeitsplätzen an dieser Stelle ist zu hinterfragen, da

das Kaufpotential nicht automatisch mit der Angebotserhöhung wächst. So würden vorhandene Baumärkte weniger Umsatz machen und Personal abbauen, vielleicht sogar schließen - ebenso Lebensmittelmärkte und andere, die eine Konkurrenz durch den Drewitz“Park“ erhielten.

Allein die Versorgung mit Baumärkten zeigt die Unsinnigkeit des Projekts. Im Industriegebiet Rehbrücke ist ein toom-Baumarkt, an der Nuthestr. ein Potsdamer Unternehmen, Hellweg an der Nuthestraße und toom in der Großbeerstraße sind auch sehr nah. Gerade in Babelsberg ist die Versorgung mit Baumärkten sehr gut. Die nächsten existieren in Teltow, was auch schnell erreichbar ist. So fahren viele Berliner weiter zum Baumarkt allein wegen der Ausdehnung der Stadt.

Ein Problem sind die entstehenden Verkehrsströme. Etliche Potsdamer werden nicht an der

Nuthestr. auf die Autobahn auffahren und an der L79 in Drewitz abfahren. Gerade ältere und unsichere Verkehrsteilnehmer vermeiden Fahrten auf der Autobahn. Daher wird durch das Kirchsteigfeld und durch Alt Drewitz der Verkehr deutlich zunehmen. Die Trennung der Ricarda-Huch-Str. soll das Kirchsteigfeld vor Durchgangsverkehr schützen. Dieses Konzept geht nicht auf, da es andere Wohngebietsstraßen gibt, die zur Durchfahrt genutzt werden können. Etliche Verkehrsteilnehmer werden die Clara-Schumann-Str. nutzen und wenn dazu bereits in die Dorothea-Schneider-Str. abgebogen wird, sind steigende Unfallzahlen absehbar. Die D.-Schneider-Str. ist schmal, gekrümmt und es wird an beiden Seiten geparkt. Wohnhäuser stehen direkt daneben und Kinder queren oft diese Straße. Auch die Pierre-de-Gayette-Str. würde zum „Schleichweg“ zum Drewitz-“Park“ werden.

Die Durchfahrt durch Alt Drewitz sollte eigentlich entlastet werden, daher wurde für die L79 eine Umgehungsstraße neu gebaut und die Trebbiner-Str. erhielt eine bauliche Verkehrseinschränkung. Die Fortführung der Wetzlarer Str. bis zum Industriegebiet Rehbrücke würde auch die Sternstr. deutlich entlasten. Aber auf die Umsetzung dieses Vorhabens wartet man nun schon lange vergebens.

Zu befürchten wäre, dass bestehende Anbieter in Potsdam ihren Umsatz einschränken oder ihre Filiale schließen, regionale Anbieter wie Brun & Böhm, Laabs und andere aufgeben müssen und sich die Wohnqualität im Kirchsteigfeld deutlich verschlechtert. Eine Ansiedlung von Gewerbetreibenden wäre deutlich besser als das Vorhaben, dort Verkaufsflächen in diesen Dimensionen zu schaffen.

-sj

SPD: Erst „Lokführer“, dann „Bremser“ und wie weiter?!

Diskussion um Drewitz-Park nimmt obskure Züge an/DIE LINKE: Vorhaben nicht tragfähig

Die Diskussion um das gigantische Vorhaben Drewitz-Park nimmt mittlerweile obskure Züge an. Ausgelöst wurde sie durch einen Antrag von CDU und SPD, mit dem der Oberbürgermeister ordentlich auf Trab gebracht und der Drewitz-Park schnell vorangetrieben werden sollte. Danach soll die Verwaltung ganz schnell einen Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan für den Drewitz-Park erarbeiten und bereits bis zum Februar 2011 in der Stadtverordnetenversammlung vorlegen. Der Oberbürgermeister bedankte sich noch aus seinem Urlaub heraus artig für diesen Auftrag, der allerdings selbst in den antragstellenden Fraktionen umstritten ist.

Nachdem es öffentlich massiven Gegenwind gibt, passt sich die SPD schnell den Gegebenheiten an und fordert Nachbesserungen. Erst gefällt man sich als Lokomotivführer, dann wird man schnell mal zum Bremser. Aber nicht nur das. Jetzt will der SPD-Fraktionsvorsitzende sogar noch den Eindruck vermitteln, dass es sich hier um ein Pilotprojekt für beispielhafte Bürger-

beteiligung handele. Das ist Dummenfang in Reinkultur. Der scharfe Protest aus der Bevölkerung und aus verschiedenen anderen Richtungen zeigt, dass dieses Vorhaben nicht gewollt ist und auch nicht gebraucht wird.

Wenn SPD und CDU wirklich bereit sind, in sich zu gehen, sollten sie den Antrag zurückziehen, denn dieser bezieht sich nun mal auf die Umsetzung des vorliegenden Projekts „Drewitz-Park“. Das Vorhaben ist jedoch in seinen Ausmaßen und Hauptkomponenten nicht tragfähig und nicht vermittelbar. Erst diskutiert man verbissen um jeden Quadratmeter Einzelhandelsfläche. Und jetzt: Noch mehr Baumarkt, noch mehr Möbel, noch mehr Verbrauchermarkt, noch mehr Verkehr, aber zugleich weniger Wald. Mit ein bisschen Kosmetik ist es hierbei nicht getan. Auf dieser Grundlage sollte die Entwicklung des Gewerbegebietes im Kirchsteigfeld nicht erfolgen. Wenn der Antrag nicht zurückgenommen wird, lehnt ihn die Linksfraktion ab.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender



Der Vandalismus greift um sich. Unser Foto: der völlig zerstörte Altkleider-Container am 12. Dezember 2010 am Hans-Grade-Ring, Nähe Kinderheim.



Im Oktober/November 2010 war der reparierte Fahrstuhl am S-Bahnhof Griebnitzsee übergeben worden. Zehn Tage nach der Inbetriebnahme zündeten Jugendliche einen 2-Meter-großen Teddybären im Fahrstuhl an. Die Zerstörungen sind erheblich.

Wie Bildung Spaß machen kann

Gemeinsam Lernen bis zum Beruf/Vorgestellt: die neue Grundschule in der Flotowstraße

In der Flotowstraße in Potsdam am Stern hat sich vor einigen Jahren die Neue Grundschule Potsdam des privaten Trägers ASG angesiedelt und damit begonnen den Schulbetrieb aufzunehmen. Mittlerweile hat sich die Schule zu einem guten Beispiel hervorgetan. Wie Bildung wieder Spaß machen kann und Kinder gerne zur Schule gehen und wie von selbst gute Leistungen erzielen.

Am Standort Flotowstraße befinden sich neben der Grundschule noch der Hort, eine Krippe und der Kindergarten. Somit können gerade auch arbeitende Eltern ihr Kind in der Schule gut aufgehoben und betreut wissen. So werden die Kinder von morgens 06:00 Uhr bis abends 18:00 Uhr von den Erziehern des Hortes rundum bestens betreut und die Schule dazwischen macht dann auch richtig Spaß. Schule macht hier Spaß und Schule ist toll, ist die einhellige Meinung, wenn man Schüler auf dem Schulhof zu ihrer Schule befragt. Nun gibt es auch andere offene Ganztagschulen. Worin liegt gerade der Erfolg dieser Schule?

Auch diese Schule erfüllt die organisatorischen und inhaltlichen Vorgaben des Brandenburgischen Schulgesetzes. Mit seiner bilingualen Ausrichtung erlernen die Kinder bereits ab der ersten Klasse Englisch anhand von bi-

lingualen Unterrichtsfächern wie Mathe, Sachunterricht und Musik. Ab der dritten Klasse kann wahlweise noch Französisch oder Spanisch dazu genommen werden. In Form von Projektunterricht und Projektwochen werden Bildungsinhalte in fachübergreifenden Zusammenhängen vermittelt. In den bis zu 20 Kindern starken Klassen gibt es betreute individuelle Lernangebote. Und im außerschulischen Bereich während des Hortes hilft die Lernberatung beim Ausgleich bestehender Defizite eben so wie bei der Förderung besonderer Begabungen.

Die Idee, die aber hinter dem Ganzen steckt, ist so einfach wie genial und eigentlich schon immer da gewesen. Was gebraucht wird, um eine gute Dienstleistung zu erbringen, macht man kurzerhand selbst. Das fördert ein positives Umfeld, und das führt zu mehr Leistungsbereitschaft.

So bietet die ASG ihre eigenen Buslinien an, um die Schüler aus Stadt und Umgebung einzusammeln und auch wieder nach Hause zu bringen. Diese Linien sind natürlich ideal auf die Belange der Schüler ausgerichtet. Und da der stetige Kampf um den idealen Essensversorger auch nur unnütz Ressourcen und Nerven kostet und eigentlich nicht zu gewinnen ist, hat man auch

dieses Problem selbst in die Hand genommen. Beim Neubau der Turnhalle und der Erweiterung des Schulgebäudes hat man eine eigene Küche mit eingeplant und gebaut.

Mit der Neuen Grundschule ist aber nur ein Teil der gesamten Dienstleistung vollbracht. So bietet die ASG auch noch die Krippe und den Kindergarten auf dem Gelände mit an. Im Gebäude am Patrizierweg sind im Erdgeschoss Krippe und Kindergarten und im ersten Stock die Erstklässler. Das ist genial, die Kinder fördern sich damit gegenseitig und die Kindergartenkinder können es kaum erwarten, endlich auch zu den „Großen“ zu gehören und in die Schule zu kommen. Mit so viel positiver Vorspannung bereitet Lernen Spaß. Wenn die Grundschüler dann irgendwann am Ende ihrer Grundschulzeit angekommen sind, dann haben sie die Möglichkeit mit ihren Klassenkameraden an den Medienscampus in der Wetzlarer Straße zu wechseln, um am Filmgymnasium ihr Abitur zu erlangen oder bei der Medienschule einen Beruf zu lernen. Das ist ein ganzheitlich ineinander abgestimmtes Konzept, das es den Kindern ermöglicht, von der Krippe bis zum Beruf in einer Klasse mit bekannten Menschen zusammen zu lernen.

Durch den Anspruch alles

selbst mit eigenen Leuten zu organisieren entsteht ein freundschaftliches, gemeinschaftliches und vor allem positives Arbeitsumfeld für Lehrer, Erzieher, Busfahrer, Hausmeister, Köche und Servicekräfte. Jeder weiß, was er zu tun hat, und jeder hilft dem anderen, die anstehenden Aufgaben zu bewältigen. Die Unternehmung Schule ist hier der Lebensinhalt. Das so geschaffene positive Umfeld wirkt sich im besonderen Maße auf die Schüler und deren Lernbereitschaft aus. Hier wollen alle lernen und hier dürfen alle lernen.

Und als ob all dem nicht schon genug ist unterstützt ein tatkräftiger Förderverein die Schüler, Lehrer und Erzieher in ihrem Streben immer noch besser zu werden.

Hier stimmt das Verhältnis zwischen Pflicht und Dienstleistung. Hier versteht man auf die Bedürfnisse von Eltern, Schülern und Lehrkräften und Erziehern ein zu gehen und gemeinsam voran zu schreiten.

Die ASG ist ein gutes Beispiel auch heute eine gute, bezahlbare Schule zu bieten. Und sie wird sich weiter an den Bedürfnissen der Gesellschaft orientieren und ihr Konzept weiter entwickeln.

Klaus Mohrholz-Wensauer
Förderverein der Schule/Ortsverbandsvorsitzender DIE LINKE Stern/KSF/Drewitz

Ortsverband S-D-KSF spendete für Suppenküche

Am Donnerstag, den 16. Dezember 2010, übergab der Vorsitzende des Ortsverbandes Stern-Drewitz-Kirchsteigfeld Klaus Mohrholz-Wensauer eine Spende zur Finanzierung der Weihnachtsfeier an den Chef der „Suppenküche“ Potsdam, Friedhelm Loter. Den Betrag von 105,00 Euro haben die Genossinnen und Genossen des Ortsverbandes auf ihren Weihnachts- und Jahresabschlussfeiern gesammelt. Die Suppenküche in der Friedrich-Ebert-Straße bietet täglich bis zu 40 Bürgern nicht nur Frühstück und warmes Mittagessen, sondern auch eine Stätte der Begegnung und gerade jetzt in der kalten Jahreszeit einen Platz zum Aufwärmen. Auch im neuen Jahr, so Mohrholz-Wensauer, wird sich DIE LINKE engagiert für die sozial Benachteiligten in Potsdam einsetzen und die „Suppenküche“ weiter unterstützen.



In der Medizinausbildung ist Kuba eine Weltmacht

Ein Militärojekt in eine medizinische Hochschule umwandeln - eine geniale Idee!

Nach der Hurrikansaison 1998 in Lateinamerika unterbreitete die kubanische Regierung den betroffenen Ländern das Angebot, nicht nur Ärzte zu schicken, sondern junge Leute aus diesen Ländern in Kuba zu Medizinerinnen auszubilden. Um diese Idee zu verwirklichen, wurde die kubanische Marineakademie - ein riesiges Militärojekt am Stadtrand von Havanna - zur „Escuela Latinoamericana de Medicina“ (ELAM - Lateinamerikanische Hochschule für Medizin) umgebaut.

Am 27. Februar 1999, gerade einmal drei Monate nach Ankündigung dieser Idee, trafen die ersten 1.933 Studenten aus 18 lateinamerikanischen Staaten in Kuba ein. Noch vor der offiziellen Eröffnung der Hochschule erweiterte Kuba dieses Ausbildungsangebot für alle Länder, in denen die medizinische Versorgung unzureichend ist, sowie für junge Leute, die in ihrer Heimat nicht die Möglichkeit haben, ein Medizinstudium aufzunehmen - aus finanziellen Gründen, aber auch, weil sie in weit abgelegenen Kommunen mit geringer Infrastruktur leben. Die jungen Ärzte sollen nach der Ausbildung in ihre Heimatländer zurückkehren, um dort eine nachhaltige, medizinische Versorgung mit aufzubauen.

Die Ausbildung an der ELAM dauert sechseinhalb Jahre. Voraussetzung ist das Abitur. Zuerst müssen alle Studenten einen halbjährigen Vorbereitungskurs absolvieren, um die Unterschiede im Ausbildungsniveau der einzelnen Länder auszugleichen. Da für viele Studenten Spanisch nicht die Muttersprache ist, wird für sie in diesem ersten halben Jahr auch ein Sprachkurs angeboten.

Es folgen zwei Jahre Grundausbildung; danach beginnt die Spezialisierung in den Fachbereichen. Die Studenten werden in diesem Ausbildungsabschnitt an insgesamt 21 Fakultäten im ganzen Land unterrichtet. Sie lernen dort zusammen mit kubanischen Studenten. Das Abschlussexamen legen sie dann wieder in der Hauptstadt ab. Während der Zeit in Havanna wohnen die Studenten auf dem Gelände der ELAM. Das Studium, alle Hilfsmittel für die Ausbildung sowie Unterkunft und Verpflegung zahlt der kubanische Staat. Alle Studenten erhalten einen kubanischen Studentenausweis und genießen die damit verbundenen Vergünstigungen. Sie können außerdem - obwohl



sie Ausländer sind - überall in kubanischen Pesos bezahlen. Zu alledem packt Kuba für jeden Studenten noch ein Taschengeld von 100 Pesos obendrauf.

Dieses großzügige Ausbildungsangebot Kubas nehmen jedes Jahr auch Studenten aus den USA in Anspruch, die sich zu Hause ein Medizinstudium nicht hätten leisten können. Sie leben und studieren hier unter den gleichen Bedingungen wie ihre Kommilitonen aus der ganzen Welt. Nach ihrer Rückkehr in die USA müssen sie sich - wie alle anderen Auslandsstudenten auch - verschiedenen Prüfungen unterziehen. Besteht der Absolvent diese Prüfung, erhält er eine Empfehlung, mit der er seinen kubanischen Hochschulabschluss staatlich anerkennen lassen kann.

Erstaunlicherweise gibt es bei diesem Verfahren nach US-amerikanischem Recht keinen „Sonderfall Kuba“. Allerdings kosten diese Prüfungen eine Menge Geld. Die ELAM unterhält gute Kontakte zu einer Universität in Kalifornien, die dem Ausbildungsweg der jungen Leute über Kuba sehr positiv gegenübersteht und den Rückkehrern den Berufsstart in den USA erleichtert.

Die gute Medizinausbildung in Kuba hat sich mittlerweile auf der ganzen Welt herumgesprochen. Jedes Jahr absolvieren Studenten aus ca. 50 Ländern diese Ausbildung - aus Afrika, Asien, Ozeanien, aus den USA, dem Nahen Osten und natürlich aus Lateinamerika und der Karibik.

Schon 8.500 Mediziner haben den Abschluss der „Escuela La-

tinoamericana de Medicina“ in der Tasche. In Kuba diskutiert man gegenwärtig die Möglichkeit, in einigen Ländern medizinische Hochschulen nach dem Vorbild der ELAM aufzubauen.

Gemeinsam mit einer über 400 Mann starken kubanischen Ärztebrigade helfen derzeit 51 graduierte Ärzte der ELAM aus verschiedenen Ländern in Haiti. Schon lange bevor dieses Land durch Erdbeben und Cholera in die Schlagzeilen gekommen ist, haben sie dort in vielen Gemeinden die medizinische Grundversorgung aufrechterhalten. Heute sind die von ihnen geschaffenen Strukturen Anlaufpunkt für viele

Helfer aus anderen Ländern. Lourdes Castellanos Arencibia, stellvertretende Direktorin für internationale Beziehungen an der Hochschule, erklärt die Grundidee der ELAM so: „Es ist ein Prinzip der kubanischen Revolution, das Wenige, das man hat, mit anderen zu teilen und denen zu helfen, die noch ärmer sind. Wir schicken Menschen in viele Länder der Welt, um Leben zu retten, während die reichen Länder des Nordens ihre Politik mit immer mehr Soldaten, mit Gewalt und Krieg durchsetzen wollen.“

Jörg Rückmann, AG Cuba Sí



Cuba ist das Land, das in den ersten 72 Stunden nach dem schrecklichen Erdbeben am wirksamsten geholfen hat. Schon seit 1998 leisten Ärzte und medizinisches Personal aus Cuba dem ärmsten Land Amerikas medizinische Hilfe. Deswegen waren seine 400 Ärzte und sein medizinisches Personal sofort an Ort und Stelle.

Da Cuba in Haiti bereits eine medizinische Infrastruktur aufgebaut hatte, war es ihm möglich Leben zu retten, als sich die Hilfe anderer noch im Stadium der Planung befand. Die Cubaner errichteten sofort ein Nothospital neben dem vom Erdbeben zerstörten Krankenhaus von Port-au-Prince und ein weiteres Zelthospital in einem anderen schwer getroffenen Teil der Stadt. Noch am Tag der Katastrophe flogen 60 Ärzte des Kontingents „Henry Reeves“ mit Medikamenten, Operationsmaterial, Plasma und Lebensmitteln in das Erdbebengebiet.

Wer Kuba unterstützen möchte:

Sonderspendenkonto beim Parteivorstand DIE LINKE/ Cuba Sí,
Kto.-Nummer: 4382 210 000,
Berliner Bank AG,
BLZ: 10020000,
Verwendungszweck: Kuba muss überleben

Sozialminister Baaske überreichte „Veltener Teller“ an engagierte Seniorinnen und Senioren

Zehn Seniorinnen und Senioren haben im Dezember 2010 für ihr vorbildliches ehrenamtliches Engagement den „Veltener Teller“ erhalten. Sozialminister Günter Baaske überreichte den Ehrenteller gemeinsam mit der Vorsitzenden des Landesseniorenrates, Sieglinde Heppener. Baaske: „Die zehn Geehrten repräsentieren stellvertretend die Vielfalt bürgerschaftlichen Engagements durch ältere Menschen in Brandenburg. Ich danke allen, die sich selbstlos für die Interessen ihrer Mitmenschen, für unsere Gemeinschaft und unsere Umwelt einsetzen.“ Der „Veltener Teller“ wurde zum 16. Mal für besondere Verdienste im Ehrenamt vergeben. Die Tradition geht auf Regine Hildebrandt, Brandenburgs erster Sozialministerin, zurück. Auf ihre Anregung hin wurde der Ehrenteller 1995 von der Künstlerin Hedwig Bollhagen entworfen. Seitdem wurden – mit der aktuellen Würdigung – insgesamt 167 Seniorinnen und Senioren mit ihm geehrt. Die Verleihung findet jedes Jahr im Dezember anlässlich des „Tages des Ehrenamtes“ am 5. Dezember statt. Den „Veltener Teller 2010“ erhielten u. a. auch die Potsdamer Renate Kersten (73) und Prof. Dr. Horst Klett (82). Renate Kersten ist seit 1998 im Vorstand des Seniorenrates des Landes Brandenburg, den sie im Aktionsbündnis „Tolerantes Brandenburg“ vertritt. Und Prof. Dr. Horst Klett ist seit 1990 aktiv in der Potsdamer Seniorenarbeit und gehört zu den Gründungsmitgliedern des Seniorenbeirats der Landeshauptstadt.

Erfolgreiche linke Zwischenbilanz:

Ein Jahr rotes Ministerium der Justiz

Für den Bereich der Justiz des Landes Brandenburg sieht der Koalitionsvertrag der Regierungsparteien vom 5. November 2009 für die 5. Wahlperiode des Brandenburger Landtages eine ganze Reihe von Aufgaben und Projekten vor. Bereits nach einem Jahr kann konstatiert werden, dass vor allem die Handschrift des ersten linken Justizministers in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Volkmars Schöneburg (Foto), nachhaltig sichtbar wird. Kompetent, konsequent und zügig werden die Inhalte des Koalitionsvertrages angepackt und umgesetzt.

Verkürzung der Verfahrensdauer an den Sozialgerichten – Entfristungen und Neueinstellungen im mittleren Dienst

Angesichts des immens hohen Geschäftsanfalles in der Sozialgerichtsbarkeit des Landes Brandenburg formuliert der Koalitionsvertrag den Auftrag, die Verfahrensdauer an den Sozialgerichten zu verkürzen. Die Landesregierung wolle hierzu zusätzliche Richterstellen zu den Sozialgerichten umsetzen.

Als erste Maßnahme, um die Verfahrensdauer an den Sozialgerichten zu verkürzen, wurden bereits bis Ende Dezember 2009 28 Stellen des mittleren Dienstes an den Sozialgerichten des Landes Brandenburg entfristet oder externe Neueinstellungen vorgenommen. Damit hat der Justizminister Dr. Schöneburg umgehend und schnell auf die akuten Nöte der Sozialgerichtsbarkeit reagiert und so den geschäftlichen Unterbau der Sozialgerichte langfristig gestärkt, womit die Rahmenbedingungen für schnelle Verfahrenserledigungen geschaffen wurden.

Verkürzung der Verfahrensdauer an den Sozialgerichten – dauerhafte Stärkung des richterlichen Dienstes

Der richterliche Dienst wurde – über die Vorgaben des Koalitionsvertrages hinaus – dauerhaft gestärkt. Nicht nur, dass Richterstellen zu den Sozialgerichten umgesetzt wurden. Es wurden darüber hinaus Neueinstellungen von jungen, hervorragend ausgebildeten und motivierten Proberichtern bewirkt. Insgesamt konnten so im Haushaltsjahr

2010 27 neue Planstellen für Richterinnen und Richter geschaffen werden.

Die Landesregierung hat damit die Grundlage geschaffen, dass trotz der andauernd hohen Belastung die Verfahrensdauer an den Sozialgerichten verkürzt wird.

Neubestimmung der Amts- und Arbeitsgerichte

Die Koalitionsvereinbarung sieht weiter vor, dass über die Neubestimmung der Amts- und Arbeitsgerichte im Jahre 2010 abschließend entschieden wird. Am 2. September 2010 stellte der Justizminister Dr. Schöneburg dem Rechtsausschuss des Landtages seine wesentlichen Eckpunkte zur Neuordnung der Amts- und Arbeitsgerichte vor. Im Ergebnis sollen nur einige wenige Änderungen vorgenommen werden, so dass die rechtspolitischen Vorstellungen des Justizministers, der die Präsenz der Gerichtsbarkeit in der Fläche als einen unerlässlichen Kern einer funktionierenden, bürgerfreundlichen und effektiven Rechtsstaatlichkeit definiert, voll zum Tragen kommen werden. Dem Konzept der Schließung von Gerichtsstandorten, welches von der ehemaligen Justizministerin der CDU favorisiert und betrieben wurde, wird damit eindeutig eine Absage erteilt.

Nach einem Jahr Regierungscoalition von SPD und der LINKEN in Brandenburg steht fest, dass durch den Erhalt der Gerichtsstandorte, selbst als Ne-



ben- oder Außenstellen, auch zukünftig eine flexible und bürgernahe Justiz in einem Flächenland wie Brandenburg gewährleistet wird.

Anpassung der Landgerichtsbezirksgrenzen an die Landkreisgrenzen

Daneben wird im Zuge der angestrebten Polizeistrukturreform von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, die Landgerichtsbezirksgrenzen an die Landkreisgrenzen anzupassen. Damit setzt der Justizminister einen lang gehegten Wunsch der Staatsanwaltschaft um, womit positive Effekte für die Justiz, vor allem im Bereich Kriminalitätsbekämpfung, und bei der Zusammenarbeit zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft, erzielt werden.

Zudem wird so ein ausgewo-

genes Verhältnis bei der Größe der Landgerichtsbezirke erreicht werden, womit der Bestand der Landgerichte und Staatsanwaltschaften langfristig gesichert sein sollte.

Kooperation Brandenburg und Berlin

Die Kooperation der Brandenburger Justiz mit Berlin wird weiter ausgebaut. Im Zuge dessen werden u. a. die OLG-Staatschutzsachen des Landes Brandenburg, gemeinsam mit denen des Landes Sachsen-Anhalt, beim Kammergericht Berlin konzentriert. Dies ist allein schon deshalb ein Erfolgsthema, weil mit der Übertragung der Staatschutzsachen die Kernzuständigkeit eines Bundeslandes auf ein anderes Bundesland übergeht.

Die Unterzeichnung des Staatsvertrages durch die Justizminister der beteiligten Länder fand am 8. November 2010 im Kammergericht Berlin statt.

Einheitliches Richterrecht mit dem Land Berlin

Die gute Zusammenarbeit mit dem Land Berlin spiegelt sich auch in der Abstimmung zu einem möglichst gleichlautenden Richterrecht wider. Damit erfüllt der Justizminister auch in diesem Punkt die Vereinbarung des Koalitionsvertrages, wonach das für Justiz zuständige Mitglied der Landesregierung mit der Justizverwaltung von Berlin ein neues und möglichst ein-



heitliches Richterrecht abstimmen und dem Landtag vorlegen soll.

Entgegen dem Schlagwort „gemeinsames Richterrecht“ geht es nicht um ein „gemeinsames Gesetz“, sondern um das Ziel eines weitgehend gemeinsamen Richterrechts von Berlin und Brandenburg. Es bleibt – nach wie vor – bei unterschiedlichen Landesgesetzen, über die beide Länder in den verfassungsmäßig vorgesehenen Verfahren entscheiden. Das Projekt schließt sowohl die Neufassung des jeweiligen Richterrechts, eine Änderung der Landesverfassungen sowie eine Anpassung des Staatsvertrages zur Errichtung gemeinsamer Fachobergerichte ein. Die Vereinheitlichung der richterrechtlichen Vorschriften liegt – schon wegen der gemeinsamen Fachobergerichte – im Interesse beider Länder.

Justizminister Dr. Schöneburg nutzte die Gelegenheit, seine eigenen Vorstellungen zur Neufassung der richterlichen Vorstellungen in den Prozess einzubringen und stellte die bisherigen, von der konservativen Vorgängerin erarbeiteten, Gesetzentwürfe auf den Prüfstand. Er setzte dazu eine Projektgruppe „Richterliche Selbstverwaltung“ ein, die intensiv gearbeitet und eigene Vorschläge zu dem Gesetzentwurf unterbreitet hat.

Das Ministerium der Justiz, unter besonderer Beteiligung des Ministers und der Staatssekretärin, hat mit der Senatsverwaltung für Justiz im Sommer 2010 mehrere Gespräche geführt. Konstruktiv aber auch nachdrücklich wurde sich über den Wortlaut der Regelungen verständigt.

In der letzten Besprechung auf Leitungsebene am 21. September 2010 konnte eine Annäherung in nahezu allen wichtigen Punkten erreicht werden. Hierbei wurde auch ins Auge gefasst, dass es in einigen wenigen Punkten, bei denen sich die unterschiedlichen strukturellen Verhältnisse eines Stadtstaates und eines Flächenstaates bemerkbar machen, unterschiedliche Regelungen geben kann.

Resozialisierungsgesetz

Der Koalitionsvertrag sieht für die 5. Legislaturperiode die Prüfung der Erarbeitung eines Resozialisierungsgesetzes vor. Mit diesem in der Bundesrepublik wohl einmaligen Vorhaben widmet sich die Landesregierung einem Thema, welches bisher kaum im Fokus der Öffentlichkeit gestanden hat.

Dies aber ganz zu Unrecht, vor allem, weil in Brandenburg der Resozialisierungsauftrag verfas-



sungsrechtlich verankert ist. Zum anderen ist ein wesentlicher Grund für die hohen Rückfallraten der abrupte Übergang vom Strafvollzug in die Freiheit. Derzeit fehlen verbindliche konkrete Regelungen für die Wiedereingliederung Strafgefangener in die Gesellschaft und zur Ausgestaltung der Zusammenarbeit des Strafvollzuges mit den Sozialen Diensten der Justiz und freien Trägern.

Justizminister Dr. Schöneburg hat bereits im Juli 2010 mit der Erarbeitung eines möglichen Resozialisierungsgesetzes begonnen und eine hochkarätige besetzte Arbeitsgruppe von Experten aus Wissenschaft, Praxis und dem Justizministerium eingesetzt.

Ziel eines möglichen Resozialisierungsgesetzes für das Land Brandenburg ist es, vorhandene Strukturen zu optimieren, um so die Wiedereingliederung von entlassenen Strafgefangenen in die Gesellschaft zu verbessern. Insbesondere muss die Zusammenarbeit zwischen stationären und ambulanten Diensten optimiert werden. Ebenso sollen die Resozialisierungsbedingungen von entlassenen Strafgefangenen verbessert werden. Die ersten Ergebnisse sollen im Februar 2011 vorliegen.

Justizvollzug – Sicherungsverwahrung

Aufgrund eines Urteils des EGMR vom 17. Dezember 2009 ist in der Bundesrepublik die sogenannte Sicherungsverwahrung zu reformieren. Bereits im Frühjahr des Jahres 2010 hat der Justizminister Dr. Schöneburg mit seiner Berliner Kollegin die Einrichtung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe initiiert. Unter Beteiligung erfahrener forensischer Psychiater werden Eckpunkte für die Gestaltung der Unterbringung und der Behandlung Sicherungsverwahrter entwickelt.

Ziel des Justizministers ist es, dass unter strenger Beachtung der Vorgaben des EGMR Lösungsmodelle entwickelt werden, die auf Therapie und nicht auf das Wegschließen von Straftätern setzen. Gleichwohl sollen für nicht therapierbare oder therapierunwillige Gefangene solche Bedingungen geschaffen werden, dass nach innen eine größtmögliche Freiheit, nach außen jedoch eine größtmögliche Sicherheit für die Bevölkerung gewährleistet wird. Dem Charakter und der Ausgestaltung der Sicherungsverwahrung als Maßregel der Besserung und Sicherung wird unbedingt Rechnung getragen werden. Gegenstand der Überlegungen ist auch die Unterbringung der Si-

cherungsverwahrten beider Länder in einer oder mehrerer gemeinsamer Einrichtungen.

Justizvollzug – Schaffung eines modernisierten Strafvollzugskonzeptes

Durch den Koalitionsvertrag hat sich die Landesregierung verpflichtet, Strukturen und Standorte bedarfsgerecht anzupassen. Obgleich Justizvollzugsanstalten nicht unter der herkömmlichen Definition einer Verwaltung zu subsumieren sind, strebt Justizminister Dr. Schöneburg auch in diesem Bereich eine Neuausrichtung an.

Nach einer kritischen Aufgabenkritik und der Setzung vollzugspolitischer Schwerpunkte, insbesondere einhergehend mit den Ergebnissen und den Erfordernissen der Projekte Resozialisierungsgesetz und Neugestaltung der Sicherungsverwahrung, ist es Ziel des Justizministers, ein neues Justizvollzugskonzept zu erarbeiten, welches im Rahmen der Arbeit der Landesregierung insbesondere seine Handschrift trägt.

Als erster Arbeitshöhepunkt fand dazu Anfang Oktober 2010 eine zweitägige Klausurtagung mit dem Justizminister, Vertretern der Fachabteilung des Ministeriums und den Leitern der Justizvollzugsanstalten statt.

CDU leidet an Erinnerungsschwäche

Zu den Äußerungen des CDU-Landtagsabgeordneten Burkardt in Bezug auf den Landtagsneubau in Potsdam erklärt die Potsdamer Landtagsabgeordnete, Ministerin Anita Tack (DIE LINKE):

„Alle von mir und meiner Fraktion genannten Gründe zur Ablehnung des ÖPP-Verfahrens für den Landtagsneubau stießen bei den damaligen Regierungsfractionen auf Ablehnungen. Insbesondere die Vertreter der CDU-Fraktion haben in der entscheidenden Sitzung des Hauptausschusses darauf gedrängt, schnell und ohne unsere Fragen zu beantworten, den ÖPP-Verträgen zuzustimmen. Alles war mit der heißen Nadel genäht, und allein die errechneten 4 Mio. Euro sollten den Vorteil von ÖPP gegenüber einem öffentlichen Bauverfahren beweisen. Nun haben sich die befürchteten Risiken bewahrt, und der Bau entwickelt sich wegen der schlechten Verträge und Ausgangsbedingungen zu einem Fass ohne Boden! Zu dieser Verantwortung muss sich die CDU bekennen, bevor sie mit dem Finger auf den jetzigen Finanzminister zeigt, der den baupolitischen Murks korrigieren muss.“

Die aktuellen Filmpark-Projekte für die Saison 2011

Blaue Kugel – „Dome of Babelsberg“

Eines der markantesten Bauwerke am Berliner Breitscheidplatz – die blaue Kugel – zieht in den Filmpark Babelsberg. In Partnerschaft mit der Schörghuber Unternehmensgruppe, die das Areal um den Zoopalast sowie das Bikinihaus neu entwickelt, wird der Filmpark die blaue Kugel übernehmen.

Dieses Gebäude, erbaut 1988/89, eines der ersten 360-Grad Kinos in Deutschland und später bundesweit bekannt geworden durch die Talkshow mit Sabine Christiansen, wird als „Dome of Babelsberg“ (AT) am



15. April, rechtzeitig zum Saisonstart, einer der Höhepunkte des Programms 2011. Deutschland erstes 5D-Kino wird nicht nur die jugendliche und jung gebliebene Zielgruppe begeistern. Die digitale Technik der neuesten Generation wird den „Dome“ auch als erste Eventlocation sowie für exklusive Vorführungen der 3D Kinoblockbuster nutzbar machen.

Eröffnung: 15. April 2011

Kapazität: ca. 100 Personen

STAR TREK – Die Ausstellung

Star Trek ist eine der größten internationalen Marken in Film und Fernsehen, die 2011 erstmalig nach Deutschland kommt. Exploration II, CBS und Paramount Pictures



haben anlässlich des 100. Geburtstages der Film- und Medienstadt eine exklusive Ausstellung konzipiert, die der Filmpark als Veranstalter in der Caligari Halle präsentiert. Für die einzigartigen Exponate – darunter spektakuläre Modellbauten der Sternenflotte, Originalkostüme der Serien und Kinofilme u.v.m. – steht eine Ausstellungsfläche von 1.500 qm zur Verfügung. Green Screen und Fotopoints sowie spezielle Merchandising- und Gastronomiebereiche komplettieren die bisher in Europa größte Star Trek Schau.

Ausstellungszeitraum: 1. Mai bis 3. Oktober 2011

Ausstellungsfläche: 1.500 qm

Die Show zum Film „Die drei Musketiere“

Constantin Film, der Produzent von „Die drei Muske-



tiere“ und der Filmpark haben einen Vertrag unterzeichnet, der die Entwicklung und Aufführung einer neuen Show im Sommer 2011 zum Inhalt hat. Damit ist es gelungen, einen der aufwändigsten deutschen Filme und den größten Kinofilm-Produzenten als Partner zu gewinnen.

Die Show für den Filmpark, die dem Inhalt des Films in Zitate folgt - unter Verwendung von Originalbauten, Requisiten und Kostümen - wird eng mit Constantin Film abgestimmt und rechtzeitig zum Kinostart zur Aufführung kommen. Der Filmpark wird eine völlig neue Showarena bauen, ein Wasserbecken mit Rundhorizont dient als Bühne.

Premiere: Sommer 2011

Ort: Mittelalterstadt

100 Jahre Film- und Medienstadt Babelsberg

Im September 1911 wurde auf dem einstigen Gelände einer Kunstblumenfabrikation der Grundstein zum Bau des ersten Glasateliers gelegt. Das Startsignal zu einer einzigartigen Standortentwicklung für Film und Medien war gegeben. Am 24. September feiern die Medienstädter, alle Urenkel des Gründers Guido Seeber, anlässlich des 100jährigen Jubiläums ein großes Bürgerfest. Der Filmpark wird an diesem Tag den Nachbau des legendären Glasateliers als neue Programm- und Eventdestination einweihen.

Eröffnung: 24.09.2011

Gesamtfläche: 300 qm

Adresse: Filmpark Babelsberg GmbH, August-Bebel-Straße 26-53, 14482 Potsdam

Eingang: über Großbeerenstraße

Öffnungszeiten 2011: 15. April bis 31. Oktober, 10.00 – 18.00 Uhr, Schließtage: jeweils montags im Mai und September

Info-Line: 0331 / 72 12750

Internet: www.filmpark.de

Das ändert sich 2011 für Verbraucher

Der **Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung** erhöht sich ab 2011 von 14,9 Prozent auf 15,5 Prozent. Künftige Steigerungen haben die Arbeitnehmer allein zu tragen. Sofern eine gesetzliche Krankenkasse mit ihren finanziellen Mitteln nicht auskommt, kann sie ab 2011 einen Zusatzbeitrag unabhängig vom Einkommen erheben. Bezieher von Arbeitslosengeld II (ALG II) müssen die Zusatzbeiträge ab 2011 nicht mehr selbst tragen.

Jede Krankenkasse kann mit Pharmaun-

ternehmen Preisnachlässe auf Arzneimittel (**Rabattverträge**) vereinbaren. Versicherte können auch andere Arzneimittel erhalten, wenn das medizinisch erforderlich ist und der Arzt dies bestätigt; dann trägt die Kasse die vollen Kosten.

Bei **Bargeldabhebungen** an Automaten fremder Geldinstitute werden ab 15. Januar die Gebühren vor der Transaktion angezeigt, so dass der Kunde sich noch dagegen entscheiden kann.

Der **Auto-Führerschein mit 17** wird bundesweit eingeführt; fahren dürfen die

Teenager jedoch nur in Begleitung einer Person, die mindestens 30 Jahre alt ist, den Führerschein schon fünf Jahre besitzt und in der Flensburger Verkehrssünder-Datei nicht mehr als drei Punkte hat.

Bei Glatteis, Schneeglätte, Schneematsch sowie Eis- oder Reifglätte dürfen Autofahrer jetzt nur noch mit **Winterreifen** unterwegs sein. Als Winterreifen gelten alle mit einem M+S-Symbol gekennzeichneten, also auch Ganzjahresreifen. Bei Verstößen droht ein Bußgeld von 40 Euro.

Für Flüge von einem deutschen Flughafen ins In- oder Ausland wird eine **Luftverkehrssteuer** erhoben. Der Steuersatz beträgt 8 Euro für Flüge bis maximal 2500 Kilometer, 25 Euro für Flüge bis höchstens 6000 Kilometer und 45 Euro für Flüge über 6000 Kilometer. Bei Verträgen, die seit dem 1. September 2010 geschlossen wurden und eine wirksame Preiserhöhungsklausel enthalten, können die Gesellschaften auch noch nachträglich „zur Kasse bitten“.

(Quelle: www.vz-nrw.de)

tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine

Montag, 10.01.2011, 14.30 Uhr:

„Winterzauber“ Auch eine Winterlandschaft kann verzaubern und erfreuen. Ein Diavortrag in Überblendtechnik mit Walter Heller. *Dahlweid

Dienstag, 11.01.2011, 14.30 Uhr:

„Spiel mir eine alte Melodie ...“. Jeder Jahrgang hat seinen Wein und seine Lieder - die schönsten Schlager zum Raten und Wünschen. Mit Hilfe der modernen Technik lässt Gerald Meister ganz nach Ihren Wünschen einige der schönsten

Schlager mit den Stimmen Ihrer Lieblingsinterpreten erklingen. Ein musikalischer Nachmittag zum Raten, Wünschen, Mitsingen und Tanzen oder einfach nur zum Zuhören. *Dahlweid

Mittwoch, 12.01.2011, 13.30 Uhr:

„18, 20, Buben 'raus“. Skatturnier unter Leitung von Dr. Herbert Schlomm und Karl-Heinz Kunicke. Alle Teilnehmer erhalten kleine Preise. *Dahlweid

Montag, 17.01.2011, 14.30 Uhr:

„Potsdamer Anekdoten und Geschichten, Teil VI – ein Wiedersehen mit Eva Dobrzinski-Petersein“. *Dahlweid

Montag, 24.01.2011, 14.30 Uhr:

„Irland – die grüne Insel“ - Teil 1: der Südwesten. In ihren mehr als dreitausend Fotos haben Gerald Meister und Ingrid Püschel versucht, die heitere, melancholische, manchmal mystische Atmosphäre der Landschaft einzufangen, die gekennzeichnet ist von geheimnisvollen Mooren, sanften, grünen Weiden, hoch aufragenden Bergen, steil abfallenden Klippen und den schier zahllosen Baudenkmalern, wie uralten Burgen, Klöstern, Grabanlagen und Kirchen. *Dahlweid

Dienstag, 25.01.2011, 14.30 Uhr:

„Historisches und Aktuelles“. Potsdamer

Stadtgespräche mit Dr. Herbert Schlomm aus Zentrum-Ost. *Dahlweid

Mittwoch, 26.01.2011, 13.30 Uhr:

„18, 20, Buben 'raus“ - Skatturnier unter Leitung von Dr. Herbert Schlomm und Karl-Heinz Kunicke. Alle Teilnehmer erhalten kleine Preise. *Dahlweid

Montag, 31.01.2011, 14.30 Uhr:

„Eine Reise durch Afrika, Teil 2“ - Eine interessante Reise durch Afrika mit Karl Kreuz zu den herabstürzenden Wassermassen der Viktoriafälle, denn dort, wo es ausreichend Wasser gibt, pulsiert auch das Leben, und in die afrikanischen Wü-

sten, wo Tiere und Pflanzen unter härtesten Bedingungen leben. *Dahlweid

Dienstag, 01. Februar 2010, 14.00 Uhr:

„Musikalischer Rätselnachmittag“ mit Manfred Bischoff. Sie können bekannte Melodien raten, aber auch so manches Lied mitsingen oder nach bekannten Walzermelodien tanzen. *Dahlweid

*Dahlweid: Seniorentreff der Dahlweid-Stiftung, Edisonallee 11 im Zentrum-Ost